



**Republik Österreich**  
DER BUNDESKANZLER

**II-2422** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0  
DVR: 0000019

Z1. 353.110/8-III/4/85

18. März 1985

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA

Parlament  
1017 W i e n

10851AB

1985 -03- 19

zu 1104 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ettmayer, Vetter, Dipl.Ing. Flicker und Kollegen haben am 25. Jänner 1985 unter der Nr. 1104/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend zwangsweise Übermittlung von Daten an die Tschechoslowakei gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Halten Sie die Praxis, daß österreichische Staatsbürger, die Gäste aus der Tschechoslowakei einladen, an tschechische Behörden Daten preisgeben müssen, die in Österreich unter Datenschutz stehen, für bedenklich?
2. Teilen Sie die Auffassung, daß die von der Tschechoslowakei geübte Praxis, gegen die Schlußakte von Helsinki verstößt?
3. Was wollen Sie unternehmen, um der von der Tschechoslowakei geübten Praxis Einhalt zu gebieten?"

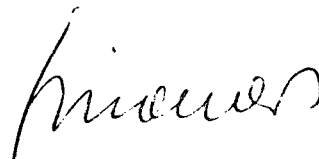
Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die genannten Fragesteller richteten am 25. Jänner 1985 unter der Nr. 1105/J eine gleichlautende Anfrage auch an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, der diese mit Schreiben vom 4. Feber 1985, Z1. 35.24.11/3-IV/2/85, beantwortete.

- 2 -

Ich erlaube mir, auf diese Beantwortung zu verweisen. In der Zwischenzeit haben die in der Beantwortung zu Frage 3 aufgezeigten österreichischen Interventionen das tschechoslowakische Verlangen nach Bekanntgabe bestimmter Daten anlässlich von Einladungen zu Besuchsreisen nach Österreich rückgängig zu machen, zu einem Erfolg geführt. Am 4. März 1985 hat der tschechoslowakische Botschafter in Österreich gegenüber dem Bundesminister für Ausw. Angelegenheiten erklärt, daß die CSSR die mit 1. Jänner 1985 eingeführte neue Vorgangsweise für Einladungen von CSSR-Bürgern nach Österreich widerrufe. Daraus ergibt sich, daß die einlandenden österr. Staatsbürger keine Angaben mehr über ihr Jahreseinkommen und ihren Arbeitgeber machen müssen.

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to the official responsible for the response.